



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Hauptausschusses der Stadt

Landau in der Pfalz

am Dienstag, 21.09.2021,

Kulturzentrum Altes Kaufhaus, Rathausplatz 9

Beginn: 17:00

Ende:18:10



Anwesenheitsliste

Bündnis 90/Die Grünen

Jennifer Follmann

Kim Neumann

Vertreterin für Frau Dr. Heidbreder

Lea Saßnowski

CDU

Cyrus Bakhtari

Ralf Eggers

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Anwesend ab 17:20, TOP 3

SPD

Paule Albrecht

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Magdalena Schwarzmüller

FWG

Wolfgang Freiermuth

Christian Gies

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Die LINKE

Daniel Emmerich

FDP

Jochen Silbernagel



Bürgermeister

Dr. Maximilian Ingenthron

Beigeordnete/r

Alexander Grassmann

Lukas Hartmann

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Stefan Joritz (Rechtsamt)

Christoph Kamplade (Stadtbauamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Sonstige

Sandra Diehl

Schriftführer/in

Philipp Anslinger

Entschuldigt

Bündnis 90/Die Grünen

Dr. Lea Heidbreder Vertreterin: Frau Neumann

Vorsitzender

Thomas Hirsch



Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde
2. Konversion Landau Süd – Vermarktung des Baufeldes 36 an der Paul-von-Denis-Straße
Vorlage: 200/338/2021
3. Interessenbekundung zum Projektauftrag „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI)
Vorlage: 200/339/2021
4. Vergabe von Ersatzpflanzungen von Bäumen in Landau in der Pfalz im Herbst 2021 sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege
Vorlage: 350/198/2021
5. Satzung über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes "C 40, Eichbornstraße/ Ecke Hans-Boner-Straße" der Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 610/680/2021
6. Durchführung der Vorbereitung und Aufstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK „Landau Nord“) nach § 171e BauGB
Vorlage: 680/258/2021
7. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Von den Einwohnerinnen und Einwohner gab es keine Fragen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Konversion Landau Süd – Vermarktung des Baufeldes 36 an der Paul-von-Denis-Straße

Der Vorsitzende erläuterte die Informationsvorlage der Finanzverwaltung vom 3. September 2021, auf die hingewiesen wird. Er übergab das Wort an Herr Messemer von der Finanzverwaltung.

Herr Messemer präsentierte eine PowerPoint Präsentation zur Vermarktung des Baufeldes 36. Die maßgeblichen inhaltlichen Punkte werden nachfolgend in Stichpunkten aufgeführt:

- Es handelt sich um Ansiedlungen entlang der Paul von Denis Straße (Mischgebiet/GE).
- Gegenstand ist die Vermarktung des Baufeldes 36, das frühere Süd-West Busgelände.
- Bisher wurden fast 35.000m² Fläche in der Paul von Denis Straße vermarktet.
- Die Fläche im Baufeld 36 mit ca. 5.800m² Fläche soll nun in ein Interessenbekundungsverfahren gebracht werden.
- Ein Interessenbekundungsverfahren wurde gewählt, da in der ersten Stufe Vertraulichkeit gilt und dies von den Firmen so gewünscht ist.
- Der Preis ist mit 336,00 Euro/m² festgesetzt, was ein Gesamtpreis von 1.923.600 Euro ergibt.
- Das Gebiet wird als Mischgebiet ausgewiesen (wohn- und gewerbliche Nutzung zu gleichen Teilen).
- Wohnen: Wohnnutzung sollte 50 % nicht überschreiten, wobei die Quotierungsrichtlinie für sozial geförderten Wohnraum (33 %) gilt.
- Gewerblicher Teil: Stärkung des medizinischen/pflegerischen Bereichs.
- Stärkung des sich derzeit entwickelnden Gesundheitsschwerpunktes.
- Die Ansiedelung von klassischen Pflegeheimen und Einrichtungen für betreutes Wohnen sind nicht erwünscht, entsprechend der städtischen Pflegestrukturplanung.
- Die Bestandteile des Bebauungsplans sind insbesondere die Blockrandbebauung, die Hofbegrünung, die Zulässigkeit von Flachdächern und das Stellplätze in Tiefgaragen verlegt werden.
- Die Solarrichtlinie der Stadt Landau ist anzuwenden.
- Das Interessenbekundungsverfahren ist ein gestuftes Verfahren mit 3 Phasen.
- Im ersten Schritt muss der Stadtrat am 05.10.21 die Vermarktung beschließen und dann beginnt die 1. Phase: Die Interessenbekundung, gefolgt von Phase 2: Optionszeitraum / Konzepterarbeitung und Phase 3: Grundstücksverkauf.

Der Vorsitzende dankte Herr Messemer für den Vortrag. Das geplante Vorgehen sei sehr gut und auch richtig, da es sich in den Charakter des Gebietes einfügt. Wenn man Tür und Tor für Pflegeheime öffnen würde, wäre dies kein Gewinn, denn die Heime würden sich nur das Personal gegenseitig abwerben und dies wäre dann ein Nachteil für alle Bewohner dieser Heime. Darum sei das jetzige Vorgehen genau richtig.

Der Hauptausschuss nahm die Sitzungsvorlage zustimmend zur Kenntnis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Interessenbekundung zum Projektaufruf „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI)

Interessenbekundung zum Projektaufruf „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI)

Der Vorsitzende führte in die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung vom 13. September 2021 ein, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er wies darauf hin, dass die Abgabe der Interessenbekundung bereits erfolgt ist und nun um die nachträgliche Zustimmung gebeten wird.

Herr Messemer präsentierte eine PowerPoint Präsentation zum Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ Projektaufruf des Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat (BMI). Die maßgeblichen inhaltlichen Punkte werden nachfolgend in Stichpunkten aufgeführt:

- Die Innenstädte in Deutschland verändern sich im Zuge der digitalen Transformation. Es gibt immer mehr Online-Handel.
- Es sei die Aufgabe der Verwaltung dafür zu sorgen, dass die Stadtkerne nicht verkommen, sondern sich eine starke Innenstadt entwickelt, wobei auch die äußere Umgebung der Stadt nicht vernachlässigt wird.
- Es soll keine „Zersiedelung“ entstehen, sondern eine Innenstadt mit einer klaren Struktur und festgelegten Schwerpunkten.
- Im Frühjahr war die Innenstadttanhörung, mit dem Auftrag ein strategisches Maßnahmenpapier bis zum Jahresende zu entwickeln.
- Inhalt dieses Maßnahmenpapiers sind verschiedenen Handlungsfelder.
- Bei diesen wird der Ist-Zustand analysiert und es werden Ziele gesetzt (Soll-Zustand) und im dritten Schritt werden Maßnahmen zur Zielerreichung erarbeitet.
- Ein Bestandteil dieses umfassenden Maßnahmenpapiers ist das BMI Förderprogramm „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ als wichtiges „Puzzle Stück“/Baustein des Strategischen Maßnahmenpapiers.
- Es werden weitere Förderprogramme geprüft.
- Das Programm des Bundes fördert innovativen Konzepten und Handlungsstrategien.
- Die Interessenbekundung wurde letzte Woche erstellt und unter dem Titel „Landau findet Stadt!“ eingereicht.
- Es wurde eine Förderung zur Neuorganisation und Entwicklung eines partnerschaftlichen und zukunftsorientierten Stadtmarketings in Höhe von 100.000 €, eine Förderung zur Beteiligungsstruktur aller Akteure zur Stärkung der Innenstadt in Höhe von 72.000 Euro und eine Förderung für die Digitale Transformation der Einzelhandelsstruktur in Höhe von 110.000€, beantragt.
- Darüber hinaus sind weitere Förderungen für eine Einzelmaßnahme und die Aktivierung eines Verfügungsfonds beantragt. Somit ergibt sich eine Gesamtkostensumme für alle Projekte von 872.000€.
- Von diesen Kosten wären voraussichtlich 80 % zuschussfähig. Für die Stadt würde somit ein Eigenanteil von 226.000€ bestehen. Dies wäre auch mit der Aufsichtsbehörde vereinbar, da bei einer Förderung von mehr als 60% die ADD in der Regel nichts beanstandet.



Der Vorsitzende bedankte sich bei Herr Messemer für die Präsentation.

Frau Saßnowski bedankte sich für die Vorstellung. Die Präsentation und die Maßnahme selbst stoße bei ihr allerdings nicht auf große Begeisterung. Es sei jedoch ganz klar, dass etwas zur Entwicklung der Innenstadt getan werden muss. Zudem seien sehr wenige Informationen mitgeteilt worden, was eine Mitwirkung wesentlich erschwert. Bei der Innenstadtentwicklung müsse man vor allem auf das Klima achten. Denn bei großer Hitze oder Starkregen kann die Innenstadt nicht genutzt werden. Diese Klimaanpassung muss in das strategische Maßnahmenpapier aufgenommen werden. Der Vorlage werde man allerdings zustimmen und man hoffe auf eine echte Beteiligung im weiteren Verfahren.

Herr Dr. Hülsenbeck erläuterte die Wichtigkeit der Innenstadtentwicklung auch im Hinblick auf den Klimawandel und die Digitalisierung. Es stelle sich noch die Frage, ob es sich nur um eine Interessensbekundung handelt oder um eine Bewerbung und zudem sei nicht ersichtlich gewesen wie hoch der Eigenanteil für die Stadt sei.

Frau Albrecht begrüßte es, dass die Stadt immer Ausschau nach Förderprogrammen hält, um die Stadtentwicklung voranzutreiben. Allerdings sei diese Bewerbung ungeeignet. Dies ergebe sich daraus, dass die einzelnen Maßnahmen des erläuterten Maßnahmenpapiers nicht besprochen wurden und deshalb wird die SPD-Fraktion diesem Maßnahmenpapier nicht zustimmen, da sie über den konkreten Inhalt keine Informationen bekommen hat. Diese Interessensbekundung sei überstürzt und es sei notwendig das ganze Konzept mit den Stadtratsmitgliedern und den Bürgerinnen und Bürgern zu erarbeiten. Zudem sei es unklar, ob das Förderprogramm von einer neuen Regierung in Berlin vorgeführt wird. Das Projekt sei vor allem nicht geeignet, da es zum Teil aus freiwilligen Leistungen finanziert wird und der Oberbürgermeister zu einer sparsamen Mittelverwendung bei freiwilligen Leistungen aufgerufen hat. Dies passe auch nicht in die Gesamtsituation der Stadt, da der Oberbürgermeister erst gestern entschieden habe den beschlossenen LandauPass zu stoppen, wegen der schlechten Haushaltssituation. Nun ein Konzept mit freiwilligen Leistungen für die Stadtentwicklung zu beschließen und gleichzeitig den LandauPass zu stoppen sei falsch. Es müsse ein Umdenken stattfinden, weg von der städtebaulichen Entwicklung und hin zu mehr sozialer Teilhabe für alle Einwohner Landaus.

Herr Freiermuth bedankte sich bei Herr Messemer für die Präsentation. Es sei sehr wichtig etwas für die Innenstädte zu tun. Bei diesem unter Zeitdruck erarbeiteten Konzept, sei es, aus seiner Sicht, immer noch möglich an den einzelnen Parameter zu arbeiten und diese zu verbessern. Im Laufe des Prozesses werde man dies dann merken und kann analog die Stadtentwicklung voranbringen. Diese Förderung von fast 80% solle man auf jeden Fall mitnehmen. Die Innenstadt müsse nach der Pandemie wieder attraktiv gemacht werden.

Frau Dr. Migl sah die Vorlage sehr kritisch, vor allem vor dem Hintergrund, wie der Oberbürgermeister mit freiwilligen Leistungen umgehe. Sein Umgang mit freiwilligen Leistungen sei sehr bedenklich, da er gegen die Ratsmehrheit den LandauPass stoppen will und dafür die ADD eingeschaltet hat. Bei diesem Projekt gehe es auch um freiwillige Leistungen und hier sei es kein Problem. Auch kritisierte sie den Ablauf des Verfahrens, denn man hätte in der Stadtratsitzung am 14. 09.2021 darüber informieren müssen. Auch die einzelnen Vorschläge seien an den Haaren herbeigezogen und nicht



durchdacht. Man sei also von dem ganzen Konzept nicht überzeugt und verstehe auch nicht warum sich die Grünen, trotz deren Zweifel an die Koalition halten und für die Vorlage stimmen. Pfeffer und Salz wird gegen diese Vorlage stimmen und würde dieses Geld lieber für den LandauPass verwenden.

Herr Silbernagel fand dieses Konzept sehr sinnvoll. Die Landauer Innenstadt sei sehr gut entwickelt und ein Anziehungspunkt für Gewerbetreibende und Besucher. Im bundesweiten Vergleich stehe Landau sehr gut da. Dieses hohe Gut müsse man erhalten und daher auch die Innenstadt kontinuierlich weiterentwickeln. Man müsse aufpassen und dem entgegenwirken, dass die Landauer Innenstadt nicht „sterbe“. Daran würden auch Arbeitsplätze hängen. Die einzelnen Punkte des Konzeptes seien nicht in Stein gemeißelt und können noch entwickelt werden. Allerdings bemängelte er die Einzelmaßnahme für das ehemalige VR-Bank Gebäude, da dieses schon seit fast 30 Jahren leer steht und immer weiter verfällt. Ob diese Maßnahme sinnvoll ist, bezweifelte er.

Im Allgemeinen sei die Innenstadtentwicklung allerdings wichtig, um Arbeitsplätze in Landau zu sichern.

Herr Emmerich begrüßte grundsätzlich die Innenstadtentwicklung. Allerdings sehe er die Gefahr, dass falsche Prioritäten gesetzt werden. Man müsse die Priorität auf soziale Aspekte setzen, denn ohne soziale Teilhabe gebe es bald keine Menschen mehr die von einer florierenden Innenstadt profitieren können oder die Arbeitsplätze in Anspruch nehmen können. Man müsse dringend etwas für die Menschen tun, die sozial benachteiligt sind. Mit dem LandauPass wäre dies möglich gewesen, nur wurde dieser leider vorschnell abgewürgt. Deshalb werde man dieser Vorlage nicht zustimmen.

Herr Dr. Blinn merkte an, dass es nicht zielführend sei immer auf das Argument der Förderung einzugehen. Bei diesen Förderungen handelt es sich schließlich auch um Steuergelder und diese solle man nicht leichtfertig ausgeben.

Herr Lerch erläuterte, dass es hier keine Wahlmöglichkeit gibt zwischen dem LandauPass und dem Förderprogramm des Bundes. Man habe die strenge Einschränkung bei den freiwilligen Leistungen. Wenn jedoch eine Maßnahme mit 80% vom Bund gefördert wird, wird die ADD nicht einschreiten, da die Maßnahme zum überwiegenden Teil durch einen Zuschuss bezahlt wird. Diese Regelung ist von höherer Stelle festgelegt worden und liegt nicht in der Hand der Stadt. Wenn man nun die Möglichkeit der Förderung hat, muss man diese auch nutzen.

Frau Dr. Migl fragte nach, warum der Stadtrat am 14.09.2021 nicht mit der Sache bekannt gemacht wurde. Zeitlich wäre dies möglich gewesen. Dies hätte über eine Tischvorlage erfolgen können.

Herr Freiermuth merkte an, dass diese Maßnahme nicht mit dem LandauPass verglichen oder aufgerechnet werden solle. Wenn nun die Möglichkeit der Förderung besteht, solle man diese unbedingt nutzen. Auch sehe er eine Einzelmaßnahme für das angesprochene Gebäude am Stiftsplatz rechtlich kritisch.

Herr Messemer erläuterte, dass die Innenstadt das Herz einer Stadt sei und es immer um die zentralen Punkte wie Wirtschaft und Wohnraum geht. Diese Punkte müssen im Zusammenspiel mit dem Klimawandel entwickelt werden. Ziel des Programmes des Bundes ist es, innovative Projekte zu fördern und sichtbare Maßnahmen zu schaffen. Es gehe insbesondere darum, wirksame und zukunftsfähige Maßnahmen zu kreieren, die die Innenstadt voranbringen. Das Programm ist mit einer sehr hohen Förderung



ausgestattet und deshalb habe man sich entschieden, eine Interessensbekundung abzugeben. Der Zeitplan war sehr knapp angesetzt und dies erforderte eine schnelle Erarbeitung und Entscheidung. Zum Glück habe man das Maßnahmenpapier schon im Frühjahr entwickelt und konnte dieses nun in dieses Projekt integrieren. Dieses Maßnahmenpapier ist sehr umfassend und das Förderprogramm des Bundes kann sehr gut in dieses Gesamtprojekt „zukunftsfähige Innenstadt“ integriert werden. Für den knappen zeitlichen Rahmen trage man keine Verantwortung. Eine Einbindung des Stadtrates sei aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen. Dieses Thema mit dem LandauPass zu vergleichen sei falsch und sende falsche Signale. Die Anweisungen der ADD seien eindeutig. Freiwillige Maßnahmen werden von der ADD beanstandet. Bei einer Förderung von mehr als 60% sei dies nicht der Fall. Daher eignet sich ein Vergleich mit dem LandauPass nicht.

Die Maßnahmen, wie die Grünflächen, sind nicht endgültig und können im Rahmen des angesprochenen Gesamtprojekts noch angepasst werden.

Es handle sich ja auch nur um eine Interessensbekundung und bei einer möglichen Bewerbung könne immer noch nachjustiert werden.

Der Vorsitzende merkte an, dass eine Beratung im Stadtrat am 14.09.2021 nicht gut gewesen wäre, da so zwischen Freigabe der Unterlagen und der Beratung nur wenige Stunden gelegen hätten. Bei einer so umfangreichen Vorlage sei eine gute Vorbereitung nicht möglich gewesen.

Herr Emmerich stimmte zu, dass es eine sehr kurze Einarbeitung gewesen sein. Aber es wäre möglich gewesen, die Ratsmitglieder wenigstens zu informieren.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Abgabe der Interessenbekundung zum Projektauftrag des BMI „Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren“ zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Vergabe von Ersatzpflanzungen von Bäumen in Landau in der Pfalz im Herbst 2021 sowie Fertigstellungs- und Entwicklungspflege

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Umweltamtes vom 06.09.2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Hartmann bot den Anwesenden an, im Rahmen einer Begehung die Notwendigkeit der Ersatzpflanzungen zu erläutern. Die Terminfindung solle in der nächsten Umweltausschusssitzung erfolgen.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss stimmt der Vergabe von Ersatzpflanzungen von Bäumen in Landau in der Pfalz im Herbst 2021 sowie der damit verbundenen Fertigstellungs- und Entwicklungspflege an die Firma Grün GbR, Wörth-Schaidt, mit einer Auftragssumme in Höhe von 169.647,95 Euro zu.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Satzung über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes "C 40, Eichbornstraße/ Ecke Hans-Boner-Straße" der Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Abteilung für Stadtplanung und Stadtentwicklung vom 27.07.2021, auf die hingewiesen wird.

Frau Saßnowski erklärte, dass die Grünen-Stadtratsfraktion diese Vorlage ablehnen wird, da eine Veränderungssperre nicht der Weg des Vermittelns sei, sondern ein genereller Stopp der ganzen Sache. Dies sei nicht die Art wie sie Probleme lösen will. Zudem hätten die Bewohner der Eichbornstraße/ Ecke Hans-Boner-Straße sowieso schon den größten Platz in der Innenstadt.

Der Hauptausschuss beschloss mehrheitlich bei vier Gegenstimmen nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der in der Anlage zu dieser Sitzungsvorlage beigefügte Entwurf (Anlage 1) über die Verlängerung der bestehenden Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes „C 40, Eichbornstraße/ Ecke Hans-Boner-Straße“ wird als Satzung beschlossen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Durchführung der Vorbereitung und Aufstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK „Landau Nord“) nach § 171e BauGB

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Bauverwaltungsabteilung vom 07.09.2021, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Das vorgeschlagene Büro „STADTBERATUNG“ Dr. Fries aus Speyer, sei ein äußerst renommiertes Büro und bestens für die Vorbereitung und Aufstellung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes geeignet.

Der Hauptausschuss beschloss einstimmig nachfolgenden

Beschlussvorschlag:

Der Auftrag zur Durchführung der Vorbereitung und Aufstellung eines integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes (ISEK „Landau Nord“) nach § 171e BauGB ist dem Büro STADTBERATUNG Dr. Sven Fries, 67346 Speyer, zu dem Preis ihres Angebotes vom 29.07.2021 einschließlich Mehrwertsteuer in Höhe von 118.423,15 EUR zu erteilen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Verschiedenes

Frau Saßnowski fragte nach den Elektroladestationen in der Südstadt. Diese seien seit mehreren Wochen defekt und bisher noch nicht repariert.

Herr Hartmann erklärte, dass dies auf Probleme bei der Software zurückzuführen sei. Dies sei aber ein generelles und bundesweites Problem und kann eigentlich nicht von der Energie - Südwest gelöst werden. Sollten sonstige Probleme bei den Ladesäulen auftreten, werden diese nach Möglichkeit selbst behoben.

Herr Silbernagel fragte nach der Schikane in der Godramsteiner-Straße Richtung Landau Innenstadt. Bei der Ortsausfahrt sei eine Schikane gebaut worden, wenn man allerdings in den Ort reinfährt, sei keine Schikane vorzufinden. Dies mache für ihn keinen Sinn.

Herr Hartmann erklärte, dass dies mit dem sehr spät erteilten Förderbescheid zusammenhängt und die zweite Schikane in Richtung Ortsmitte im zweiten Schritt der Maßnahme installiert wird. Zudem merkte er an, dass man die dort vorhandene Umlaufsperre auch mit einem Lastenfahrrad durchfahren könnte, dies sei im Vorfeld schon getestet worden und würde bei langsamer Geschwindigkeit auch funktionieren.

Frau Dr. Migl erkundigte sich über die abgesetzte Sitzungsvorlage. Sie fragte, ob die Absetzung von inhaltlicher Natur sei.

Der Vorsitzende antwortete, dass die Absetzung lediglich aus organisatorischen Gründen erfolgt sei.



Die Niederschrift über die 23. Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Landau in der Pfalz am 21.09.2021 umfasst 10 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 61.

Vorsitzender

Gesehen:

Dr. Maximilian Ingenthron

Thomas Hirsch
Oberbürgermeister

Philipp Anslinger
Schriftführer

Lukas Hartmann
Beigeordneter

Alexander Grassmann
Beigeordneter